

# Neue Zeitungen

In ganz Halle  
die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 217 Nr. 108/162

Bezugspreis: monatlich 3,40 Schilling - Bestellungen nehmen sämtlich  
Postämter, Buchhändler und andere Zustellstellen entgegen.  
- Abtritt Gesamt enthält den Betrag von 36 Schillingen.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 8 Spalten 84 mm Breite mit 6 Spalten: 10 Pfennig. Klein  
Anzeigen 12 Spalten: 10 Pfennig. 12 Spalten: 10 Pfennig. 12 Spalten:  
3 Pfennig. Die 8 Spalten 30 mm Breite: 6 Pfennig. 12 Spalten:  
8 Pfennig. Rabatt nach Tarif. Erklärungsart: Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernrufzentrale 7801.  
abends von 7 Uhr an Redaktion 5600 und 5610. - Postfach 20 512.

Freitag, 11. Juli 1924

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst. 6280.  
Einsende Stelle: Scheriffstraße. - Verlag u. Druck von Otto Döble, Halle-Saale

## Deutschlands Bedingungen zum Dawes-Gutachten

### Eine Rede Stresemanns

Tagung des Eisen- und Stahlwaren-Industrie-Bundes

Eisenfeld, 10. Juli.

(Eigener Drahtbericht)

Seit demnachmittag 8 Uhr wurde im großen Saal des Vereins-  
hauses in Eisenfeld die allgemeine Mitgliederversammlung des  
Eisen- und Stahlwaren-Industrie-Bundes unter  
sehr zahlreicher Beteiligung eröffnet. Unter den Ehrengästen be-  
merkte man Reichsminister des Innern Dr. Stresemann, An-  
halt-Regierungsrat Dr. Böhner, Abgeordneter a. D. Dr.  
Schmidt, Oberpräsident Cronowski, die Abgeordneten  
Dr. Schneider, Koch und Dr. Hugo, den Leiter der Reichs-  
bahndirektion Eisenfeld, den Leiter des Reichsfinanzamtes  
Eisenfeld, die Vertreter des Deutschen Industrie- und Handels-  
kongresses, Vertreter der Handelskammern, insbesondere des besetzten  
Gebietes, sowie Vertreter der Industrie, insbesondere des Reichs-  
verbandes der deutschen Industrie.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden hieß der Reichs-  
minister Dr. Stresemann die Versammlung im Namen der  
Reichsregierung willkommen. Er unterbreitete die Wichtigkeit  
der Buppertal-Industrie, die gemeinsam mit der In-  
dustrie der Harzer Werke 60 bis 70 Prozent ihrer Erzeugung  
in das Ausland ausführt. Sie verlangt von der Reichsregie-  
rung Berücksichtigung in diesem Sinne, bei der finanziellen Be-  
lastung durch die Reparationsleistungen. Hierauf ergriff  
der Reichsfinanzminister Dr. Stresemann das Wort zu  
folgender Ansprache:

Namens der Reichsregierung spreche ich den Dank für die  
von der Reichsregierung ergangene Einladung aus. Die Lage  
der deutschen Industrie ist gekennzeichnet durch die außerordentlich  
schweren Erschwerungsbedingungen und die damit  
zusammenhängende Schwierigkeit namentlich der Export-  
industrie. Die Frage der Entwicklung der deutschen Industrie ist  
zum Kernproblem der Durchführung des Dawes-Vertrages  
geworden, von dem seine reibungslose  
Erfüllung abhängt. Drei Voraussetzungen sind für  
die Erfüllung und zur deutschen Wirtschaftlichkeit notwendig:

Einmal die Wiederherstellung der ungeschmälerten Entwick-  
lung unserer volkswirtschaftlichen Beziehungen. Zweitens der  
Wegfall der wirtschaftlichen Ermengungen im In-  
land und endlich die Lösung der Kreditfragen nicht  
nur im Sinne einer Verringerung der Rente, sondern  
auch der Herabsetzung ausländischer Kredite. Im Zu-  
sammenhang mit dem Vertrag der Zahlungsform ist im  
Folgerung aufzuleisten handelspolitischen Festen und  
im Zusammenhang mit den Interessen der Arbeiter in der Stei-  
gerung der deutschen Exportindustrie für die Möglichkeit der  
Herabsetzung deutscher Kreditkonditionen. Ich möchte  
hoffen, daß die Reichsregierung durch die Durchführung der  
Bedingungen vor der Zeit sich und die wirtschaftliche Wieder-  
herstellung wieder verhandelt wird. Die Erfüllung der  
deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Ein-  
heit ist das zweite Problem, das im Zusammenhang mit  
Deutschland bei der Regelung des Dawes-Vertrages  
gelöst werden muß. Der Begriff der wirtschaftlichen und finan-  
ziellen Einheit bedeutet die Wiederherstellung des  
Status quo vor dem Ruhrverbot. Es kann kein  
Zweifel darüber bestehen, daß die deutsche Produktion nicht ge-  
nügt werden kann durch die Produktion der militärischen  
Wirtschaft in den nicht vertragsmäßig festzulegenden  
Gebieten. Die Staatsmänner Englands und Frankreichs sind in  
Verbindung zusammengekommen und haben sich bemüht, eine Kon-  
vention zu finden, die das Schweben der Verhandlungen nicht  
aufheben würde. Die Verhandlungen von Versailles  
haben ergeben, daß die wirtschaftliche Einheit  
nicht zu erreichen ist. Ohne zu diesen wirtschaftlichen  
Stellung zu nehmen, muß jedoch festgehalten werden, daß die  
Einheit der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen  
Souveränität durch das Dawes-Vertragsabkommen über die  
Bedingungen im Hinblick auf die von den Verhandlungen  
hervorgehenden Bedingungen nicht aufzugeben. Die  
Entscheidung unterliegt letzten Endes der Reichsregierung  
des deutschen Reiches. Für diese Verhandlung wird  
entschieden sein, ob der Vertrag, auf dessen Grundlage  
die Durchführung in Bezug auf die Bestimmungen der Reparations-  
kommission von der Reichsregierung zu entscheiden Wert gesetzt wird,  
oder daß wieder hergestellt wird, das für Deutschland  
die beste Lösung ist, die es nach dem Vertrag  
von Versailles hat und sicherstellen, daß die  
Bedingungen werden müssen, die sich auf die über-  
sichtlichen Bedingungen im Zusammenhang mit  
der Durchführung des Dawes-Vertrages  
auswirken müssen. Nur durch eine Anerkennung  
dieser Grundsätze werden wir bei den bevorstehenden Ver-  
handlungen die richtige Grundlage in dieser Verhandlung er-  
halten, die eine neue Phase wirtschaftlicher Verhandlung an  
Stelle des bisherigen Scheitern der Gewalt setzt.

Hierauf ergriff Oberpräsident Cronowski das Wort.  
Er sprach den aufrichtigen Wunsch aus, daß es bei der

Industrie und Wirtschaft gemeinsam mit der deutschen Regie-  
rung und dem ganzen Volk gelingen möge, unser Vaterland  
aus Not und Demütigung zur Freiheit und Ehre  
emporzuführen.

### Die deutschen Voraussetzungen des Dawes-Planes

Berlin, 10. Juli.

Nach den Informationen der „Telegraphen-Union“ stellt  
man in maßgebenden deutschen Kreisen mit Bedauern fest, daß  
die Verhandlung des englischen und des französischen Minister-  
präsidenten in Paris keine Stärke über die Lösung  
gebracht hat, die die Entente gegenüber den deutschen  
Voraussetzungen für die Durchführung des Dawes-Vertrages  
ausdrücklich einnehmen. Die ganze Klärung dieser Fragen stellt  
also den Verhandlungen der Londoner Konferenz vorbedeutend.  
Es ist aber zu hoffen, daß es den deutschen Vertretern gelingen  
wird, die Anerkennung der deutschen Vorbehalte in der  
Währungsfrage zu erreichen, in der das Ergebnis der Londoner Kon-  
ferenz voraussichtlich zum Ausdruck kommen dürfte. Es muß  
betont werden, daß die Durchführung und die Verbesserung der  
Lage, die das Dawes-Gutachten Deutschland auferlegt, selbst bei  
seinem besten Willen nur möglich ist, wenn diese Voraussetzungen  
erfüllt werden. In der Presse ist der Eindruck erweckt wor-  
den, als habe die Reichsregierung ihre Forderungen ganz an-  
genommen, als habe sie aber nicht den Mut, heraus zu treten  
die praktischen Folgen davon zu ziehen. Demgegenüber muß mit  
Entschiedenheit betont werden, daß die deutsche Außenpolitik  
unter keinen Umständen von ihrem Programm abgehen wird.  
Umso notwendiger erscheint es aber auch, noch einmal zusam-  
menzufassen, in welcher Richtung sich diese Voraussetzungen be-  
wegen. In vorerster Linie stehen die Ehrenpunkte, also die  
Rückkehr der Ausgewiesenen und die Freilassung der Gefangenen.  
In dieser Frage ist ja bereits ein gewisser Fortschritt  
erzielt. Aber der Begriff der sogenannten Sicherheit der Be-  
satzungstruppen liefert den Verhandlungsgegenstand auch jetzt wieder  
das Hindernis, durch das eine klare Vereinigung dieser Frage  
willkürlich verhindert wird. Im das das der zurückkehrenden  
Ausgewiesenen namentlich in der Wohnungsfrage zu erleichtern,  
und von der Reichsregierung durch die Vernehmung des Reichs-  
präsidenten, die jetzt auch auf das besetzte Gebiet ausgedehnt  
werden ist und durch die Vermittlung des Schlichter-Ausschusses  
Maßnahmen eingeleitet, von denen man Erleichterungen in  
der Unterbringung der Rückkehrer erhofft.

Auch in der zweiten deutschen Hauptforderung: der Herbe-  
rührung der Währungsfrage, die im vorliegenden Gutachten wird  
die Reichsregierung festzuhalten von ihrem Programm abgehen.  
Es muß dabei unterstrichen werden, daß es unter allen Um-  
ständen und das sogenannte Sanitätsgebiet, also die Städte  
Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort umfaßt. Hiermit steht die  
Räumung der Röhre Zone im engen Zusammenhang, die nach  
dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages bekanntlich am  
10. Januar 1925 erfolgen muß. Da von französischer Seite in  
der Frage der Räumung der Räumungstruppen Schwierigkeiten ge-  
macht werden, erscheint es dringend notwendig, daß auch für das  
Rhein Gebiet eine Räumung herbeigeführt wird. Die dritte  
Hauptforderung betrifft die Wiederherstellung der wirtschaftlichen  
und der Verkehrs- sowie der Souveränität des Reiches.  
Dieses Verlangen ist ja auch im Dawes-Gutachten mit aller Ver-  
ständlichkeit ausgesprochen worden. Die Wiederherstellung der  
Verkehrs- und der wirtschaftlichen Einheit der Reichs-  
regierung bedeutet die unbefristete Beilegung der Regie.  
Auch der Dawes-Plan sieht auf diesen Standpunkt, weil es nur  
dann möglich sein wird, die notwendigen Summen zusammen-  
zubekommen, wenn das deutsche Verkehrs- und Wirtschafts-  
system wieder frei arbeiten können, weil auf die deutsche  
Wirtschaft die Beilegung der Verkehrs- und Wirtschafts-  
Verordnungen zurückzuführen, die Unversicherheit der Ränder-  
gebiete und die Durchführung der Verfassung sichergestellt ist  
gegen alle Verwahrlosungen und handelsfeindlichen Bestrebungen.  
Nicht minder ist die Beilegung des bisherigen Delikt-  
rechts und Ordnungsmangels, um die deutsche Wirtschaft  
neben der deutschen eine besondere Verwaltung der Währungs-  
angelegenheiten, die die Durchführung der deutschen Gesetze und Ver-  
ordnungen unter dem oder zum mindesten erst mit einer Be-  
schränkung zuließ, die dem Reich, den Ländern und den  
einzelnen Gemeinden in finanzieller Beziehung schwere Nach-  
teile und Verluste zufügt. Im übrigen ist es auch selbst-  
verständlich, daß die Wiederherstellung der Verkehrs- und Wirtschafts-  
einheit der Reichsregierung gegenüber der persönlichen Freiheit und  
dem Eigentum der Bevölkerung der besetzten Gebiete. Das  
Nichtabgeben von mehr als 1000 Reichsmark und in den  
nach diesem Abkommen wiederbesetzten Gebiet die Beilegung  
der Währungsfrage zum mindesten auf die darin festgelegte Maß-  
nahme zurückzuführen werden.

### Reichsregierung und besetztes Gebiet

Das Problem der Einheit und der Währungsfrage

Berlin, 10. Juli.  
Die maßgebenden Berliner Regierungsinstanzen beschäftigen  
sich eingehend mit den gemeinsamen Fragen, die über die Gewäh-  
rung in der Unterbringung der zurückkehrenden  
Ausgewiesenen laut geworden sind. Ein Hinweis dafür ist  
die Klärung, daß von der Reichsregierung die Beilegung dieser  
Verhältnisse gestellt werden, um die entsprechenden Wohnungs-  
bauten zu werden, ferner die Ausdehnung der Verordnungen des  
Reichspräsidenten über die Unterbringung von Ausgewiesenen  
auch auf das besetzte Gebiet. Ob allerdings mit diesen Mitteln  
ein ausreichender Erfolg erzielt werden kann, das darf man  
nicht ohne weiteres zum mindesten bei dem unübersichtlichen  
Begriffen. Der Wohnungsbau laut im besetzten Gebiet wäh-  
rend der letzten zwei Jahre ganz besonders darnieder, weil Neu-  
bauten in den meisten Fällen dort sofort von der Währungs-  
beschränkung wurden. Außerdem muß die Beilegung hier  
ebenfalls unter viel beschränkteren Umständen als die des un-  
besetzten Gebietes. Infolge der Wohnungsnot und Ein-  
sparmaßnahmen steht den Wohnungsämtern nicht mehr viel  
Wohnraummaterial zur Verfügung, das unter die Verordnungen  
des Reichspräsidenten fallen könnte. Ob der Verzicht beschaffen  
ist, daß von Regierungsstelle schon früher Maßnahmen eingeleitet  
werden müßten, um die jetzigen Entstellungen in der Unterbringung  
von vornherein auszugleichen, ist bei den schwierigen Verhält-  
nissen im besetzten Gebiet natürlich nur sehr schwer zu ent-  
scheiden.

Die Quelle der ganzen Schwierigkeit besteht ja darin,  
daß das System der Verleihe des besetzten Gebietes genau in  
der umgekehrten Reihenfolge aufgezogen ist, in der  
es logisch hätte vor sich gehen müssen, indem nämlich zunächst  
die Räumung des besetzten Gebietes, die Räumung des unbesetzten  
als unmittelbar darauf folgende zweite Stadium hätte bilden  
müssen. Diese Folge durchzuführen, lag natürlich nicht in der  
Macht der Reichsregierung. Um so mehr aber ist zu betonen,  
daß sie an ihren Forderungen für die Durchführung des Dawes-  
gutachtens unter keinen Umständen den geringsten Nachlass  
an der Wiederherstellung der wirtschaftlichen  
und der Verkehrs- und der Verwaltungseinheit  
des besetzten Gebietes mit anderen Stellen fest, mit  
einer Sanierungsmaßnahme ist, und auf ihre beschleunigte  
Erfüllung dringt. In Berliner politischen Kreisen behauptet  
man, daß die Reichsregierung zwischen dem beiden Minister-  
präsidenten MacDonald und Gerriot noch keine Klärung  
der Lösung gebracht hat, die die Entente gegenüber den deutschen  
Forderungen einnimmt. An übrigen steht man aber bei den  
Reichsregierungen nur Gerüchten und Nichtwissen für die  
Londoner Konferenz. Gerriots Stellung ist durch diese Be-  
sprechungen zweifellos gestärkt worden, was man in  
deutschen Kreisen natürlich durchaus nicht für ungutlich hält.  
Es ist offensichtlich, daß von deutschen amtlichen Kreisen die Zu-  
sicherung eines amerikanischen Vertreters für die Beilegung  
von Verordnungen angehen, wobei sein Stimmrecht allerdings  
noch nicht feststeht.

### Poincarés Senatsrede

Paris, 10. Juli.

(Eigener Drahtbericht)

Im Senat hat heute nachmittag die Rede über die  
auswärtige Politik begonnen. In einer Interpretation erbat der  
Senator Pompadour von Gerriot genaue Angaben über die  
französisch-englische Note. Hierauf ergriff Poincaré das Wort.  
Er verteidigte die von ihm besetzte Politik und erklärte, er wolle  
die innere Politik nicht zum Inhalt nehmen, der jetzigen Regie-  
rung Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Außenpolitik zu be-  
reiten. Er hielt Gerriot ein rechtliches Recht zu den An-  
strengungen aus, die dieser zur Erzielung eines Einvernehmens  
mit England unternommen habe. Poincaré kam dann auf  
MacDonald zu sprechen und stellte fest, daß der englische  
Premierminister seinezeit für die Beilegung des Reparations-  
problems mit dem internationalen Schlichter-Komitee  
eingetreten sei.

### Der eine geheimen Militärkonvention zwischen Italien und Sowjetrußland?

Berlin, 10. Juli.

Die russische Zeitung „Moskowskaja Prawda“ verbreitet  
die Nachricht, die sie aus wohlinformierter Quelle erhalten  
haben will: Der Besuch des italienischen Kreuzers „Mirabella“  
in den Sowjetstädten steht im Zusammenhang mit dem geplanten  
Abschluss einer geheimen Militärkonvention zwi-  
schen Italien und Sowjetrußland, welche die Abgabe  
die Zölle und einen der klassischen Waffenkonventionen  
für den Fall eines bewaffneten Konfliktes zwischen Italien und  
der Türkei enthält. Selbst wenn dieser Konflikt durch Italien  
und der Türkei nicht, soll die Armee und die Flotte Sowjetruß-  
lands Italien in Unterstützung leisten und kriegerische  
Handlungen zu Wasser und zu Lande einleiten. Die Note Armenien  
soll diese Offensiv in der Richtung Erzerum einleiten und die  
Sowjetkräfte die Abwehr der türkischen Kräfte am Schwarzem  
Meer und am Kaspischen Meer unterstützen. Der Konventionstext  
wird gegenwärtig in revolutionären Kreisen in Moskau  
studiert. Sollten die Beziehungen zur Türkei keine Besserung er-  
fahren, so werde die Konvention unterzeichnet werden.

er, 2605.  
letten,  
n,  
destr. 3  
damer  
früher  
die Not  
geränd.  
fert.  
gls,  
10.  
bläster  
Leter,  
zuweisen.

# Smith im Vorpresing vor MacDoboo

MacDoboo gab seinen Anhängern die Stimme frei. Der Konvent vertrat die Meinung früh um 4 Uhr zu sein. Bei der hundertfünfzigsten Abstimmung erhielten gegen Smith 331, Davis 208, MacDoboo 100 und Mervin 75 Stimmen.

# Die fünf Punkte der Militärkontrolle

Der Inhalt der französischen Antwortnote.

Die Antwortnote der Weisheitskonferenz vom 30. d. Mts. ist, wie bereits in letzter Nummer gemeldet, gestern mit der deutschen Weisheit in Paris eingegangen. Der Inhalt der Note, die bisher nur in einem telegraphisch übermittelten Auszug vorliegt, ist wie folgt:

Ohne auf die zu Beginn der letzten deutschen Note dargelegten verschiedenen Gesichtspunkte von neuem eingehen zu wollen, nehmen die alliierten Regierungen mit Befriedigung Kenntnis, daß die deutsche Regierung der Durchführung einer Generalinspektion des deutschen Rüstungsstandes durch die Militärkontrollkommission zustimmt. Diese Zustimmung löst die deutschen Weisheiten bei der Erledigung der Arbeiten, deren Abschluß aus dem Ende der laufenden Woche zu erwarten ist, ausnahmsweise mitteilen zu wollen. Auf diese Weise werden die Arbeiten schnell zu einem guten Ende geführt werden können. Die alliierten Regierungen halten es jedoch für erforderlich, folgendes zu bemerken:

Die Deutsche Regierung befindet in ihrer letzten Note die ausdrückliche Erklärung der alliierten Regierungen, daß die Generalinspektion das Ende der Militärkontrollmission und die Überlegung zum Beginn des Art. 213 des Vertrags darstellt. Die Deutsche Regierung behauptet, daß die alliierten Regierungen immer noch der Generalinspektion die Regelung der in der Militärkontrollmission vom 19. September 1922 aufgestellten fünf Punkte verlangt haben. Die Note der Weisheitskonferenz vom 28. Mai des J. hat hergestellt, daß nach dem bestmöglichen Verständnis der Generalinspektion die Kontrolle auf die fünf Punkte beschränkt werden wird. Sie hat ferner betont, daß die alliierten Regierungen die Absicht hatten, so schnell wie möglich nach Abschluß der Generalinspektion zu einer erfolgreichen Verwirklichung der Kontrollmission zu übergehen. Das ist immer der Standpunkt der alliierten Regierungen gewesen und sie wiederholen heute, daß es unerlässlich ist, abgesehen von der Generalinspektion die Regelung der fünf Punkte durch die Kontrollmission übergeben zu lassen. Die alliierten Regierungen sind fünf Punkte der Kontrollmission nach Maßgabe der Durchführung dieser fünf Punkte erfolgen wird. Die alliierten Regierungen geben von der Auffassung aus, daß die deutsche Antwort nur deshalb von diesen fünf Punkten nicht spricht, weil die deutsche Regierung der Ansicht ist, daß die Verwirklichung dieser fünf Punkte identisch mit der Generalinspektion beendet sein soll. Diese Möglichkeit kann tatsächlich kein Auge gefehlt werden, da die Vereinigung der fünf Punkte nur von dem Willen der deutschen Regierung abhängt. In diesem Sinne legen die alliierten Regierungen den von der deutschen Regierung zum Ausdruck gebrachten Wunsch aus, daß die Generalinspektion und die Militärkontrollmission bis zum 30. September beendet sein sollen. Es kann sich hier offenbar nicht um ein von der deutschen Regierung den alliierten Regierungen gefällige Verbindung handeln, denn letztere sind bereit, zu verhandeln, was voraus zu überfordern, in welchem Zeitraum die Beendigung der Kontrolle möglich sein wird. Sie fassen also den von der deutschen Regierung geäußerten Wunsch so auf, daß die deutsche Regierung hierdurch zum Ausdruck bringt, daß sie es wünscht, was es in ihrer Macht steht, bis zum 30. September zum Abschluß gebracht wird. Wenn diese Absingung richtig ist, so können die alliierten Regierungen der deutschen Regierung nur versichern, daß sie den gleichen Wunsch haben und daß die Kontrollmission in allen Fällen dazu beitragen wird, diesen Wunsch zu verwirklichen. Es ist jedoch nicht möglich, sich schon das genaue Datum der Beendigung der Kontrolle zu bestimmen. Die alliierten Regierungen sind der Auffassung, daß die Modalitäten der Durchführung der Generalinspektion und der fünf Punkte in dem Geiste geregelt werden sollen, in dem die letzten Mitteilungen der alliierten Regierungen abgefaßt waren. In diesem Geiste werden die Anträge geprüft werden, mit denen die deutsche Regierung an die Militärkontrollmission herantritt. Die Regelung des größten Teiles der in den letzten Mitteilungen zusammengefaßten Forderungen hängt ausschließlich von dem guten Willen der deutschen Regierung ab, mit der sich die Kontrollmission unmittelbar befähigen wird. Die alliierten Regierungen werden sich daher der deutschen Regierung mitteilen, daß die Schlussbedingungen der

Stenografie in dem Geiste und unter den Bedingungen durchgeführt werden sollen, die in der Note vom 23. Mai zum Ausdruck gebracht worden sind. Die Kontrolloperationen werden am 20. Juli beginnen.

# Neue Zustände im Dortmund Stadtparlament

Offen, 10. Juli.

Durch das Ausfallen der Linksmehrheit in der Dortmund Stadtparlamentversammlung ist die Weiterführung der Verhandlungen in Frage gestellt worden, da die Kommunisten, die Sozialdemokraten und die Partei der Arbeitsbeschäftigten die Zustimmung der Mehrheit des Stadtparlaments bilden, den Hausaufgaben der Stadt Dortmund abgelehnt haben, gleichzeitig aber eine Reihe Beschlüsse fassen, die Kosten verursachen, für die Dedung nicht vorhanden ist. Es wurden Anträge der Kommunisten auf Unterbrechung der Geschäftslos aus der Stadtkasse mit Meldung und Erledigung von Schulden an den Straßenbahnstellen angenommen. Den Vorsitzenden der Stadtparlamentversammlung stellten die Kommunisten als nächste Forderung. Die Sitzung wurde bis zum 10. Juli, das gegen 10 Uhr abends der Magistrat und die bürgerlichen Stadtparlamentarier den Sitzungssaal verlassen. Ihnen schlossen sich die meisten Pressevertreter an.

# Abbau der Wien?

Wien, 10. Juli.

Es steht nunmehr fest, daß die Wien zum Abbau vorbereitend am 1. Juli wurde. Die Wiener Regierung hat beschlossen, ein neues Gesetz zu erlassen, das die Wiener Regierung mit einer vier bis sechs wöchentlichen Bauarbeiten. Die Maßnahmen sind neuerdings sowohl hier in Wien als auch in der umliegenden Gegend abgelehnt, daß sie weiter die Maßnahmen nicht in Frage kommen. Das Reich will im nächsten Jahre nur noch weitere zwei Wochen für die Bauarbeiten einplanen. Jedoch hofft man immer noch, daß die Bauarbeiten sich einstellen werden, den nötigen Beitrag auf die Annahme des Entwurfs-Gesetzes hin zu leisten. Aus belagerten Kreisen wird hier betont, daß die Haltung der Wiener Regierung nun unüberänderlich ist.

# Ein neuer Fall Hermann

Wien, 10. Juli.

Bei der heutigen Sitzung des Landtages wurde in langen zum Teil außerordentlich empfindlichen Verhandlungen über einen neuen „Fall Hermann“ verhandelt. Neben dem bereits abgeurteilten Fall betreffend Untergangsmittel in der Straßenführung schwebt ein weiteres Verfahren gegen den ehemaligen Innenminister wegen der Zahlung von 500.000 Schilling an die Wiener Regierung an den von dem Bundesrat entlassenen Regierungsrat Kopf in Höhe von 1.200.000 Mark durch den Minister. Der Betrag löst unrichtiger Weise aus einem für die Bundespolitik bestimmten Geheimfonds gebildet worden sein. In einem zweiten Fall handelt es sich um den beim 1. März 1922 von der Wiener Regierung abgelehnten, deren Aktien und als Heberhebung des Reiches an das Reich Thüringen für Steuerzuschüsse der Gemeinde betrifft. Die Angelegenheit erhebt in diesen Verhandlungen der Minister den Vorwurf der Amtsentziehung in Zusammenhang mit der Aufhebung der Immunität. Die Immunität ist dem auch heute mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen diejenigen der Kommunisten und Sozialisten aufgehoben worden.

# Freisprechung Ministerialrat Dr. Schneider

Wien, 10. Juli.

Der Prozeß gegen Ministerialrat Dr. Schneider vor dem britischen Kriegsgericht wurde heute nachmittags beendet. Nach vollständigem Vorlesen seines Verteidigers wurde Schneider in allen drei Angelegenheiten freigesprochen.

# Vor einem Straßbahnerstreik im rheinisch-westfälischen Industriegebiet?

Offen, 10. Juli.

Nach Mitteilung der freigewerkschaftlichen Straßbahnerorganisation hat sich infolge der Forderung der Arbeitgeberverbände, welche Verhandlungen mit den Straßbahnerorganisationen abzulehnen unter der Begründung, daß infolge des außerordentlich großen Arbeitsmangels die Gewerkschaften nicht mehr als Vertretung der Straßbahner legitimiert seien, eine außerordentlich gespannte Lage entwickelt, welche eine Streikbewegung der Straßbahner im rheinisch-westfälischen Industriegebiet als unumgänglich erscheinen läßt, falls die Arbeiter ihren bisherigen Standpunkt nicht ändern. Von dem Streik der Straßbahner werden u. a.

die Orte Offen, Gelsenkirchen, Dortmund, Bochum, Duisburg, Elberfeld, Remscheid, Siegen, Sagen betroffen werden.

# Hitlers Rücktritt

Der „Reichs Anzeiger“ (Nr. 129) schreibt:

Adolf Hitler erhebt die Forderung der national-sozialistischen Bewegung für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden. Der Reichstag hat sich für die Dauer einer fünfjährigen Amtszeit entschieden.

# Der Kaiser der Sahara

Roman von Olfrid von Hanstein.

Copyright 1923 Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart.

Das Brausen des Sturmes wurde zum Schellen — ich hörte Rasseln rufen — da wurde es auch dunkel — ich lief auf sie zu — ich konnte höchstens noch paarweise Schritte tun, die entsetzt sein, da legte ein mahlender Wind über die Wüste.

Ein Windstoß, der den Sand aufwirbelte und zum Himmel emportrieb. Ein Windstoß, der den Sand in einem tiefen Trichter aufhäufte und mit sich jagte.

Werkmüdigkeit wurde es eine Sekunde hell. Ich sah dich vor mir Rasseln und das Gedröh — ich sah aber auch mit gelbem Glanz die Sandstöße wie ein, dem Himmel zu, die Erde bedeckte, die in tosender Bewegung sich um mich schaukelte, auf uns zukam.

„Rasseln!“ Mein Schrei erklang. Die Sandstöße legte über mich fort! Ich warf mich zur Erde, infolgedessen wühlte ich den Sand in das Licht des Schutts, aber ich glaubte zu ersticken. Trotz des höchsten Schreies bangte ich vor dem Sand in Mund, Nase und Augen, ich rang nach Luft — es war tiefschwarze Nacht. Ich versuchte mich aufzurichten, aber meine Hand sank schmerzhaft in — Taubende ihrer Sandtöner gerissen die Haut.

Ich befam keine Luft — meine Sinne schwinden, ich sank in einen Zustand der Halblosigkeit, bis ich verlor, bis ich mich zu regen, aber ich sah nicht mehr den Sand mehr und mehr auf mich lastete — ich verlor die Besinnung.

Wie ich zu mir kam, fand ich mich bis an den Hals eingeebete in Sand.

Mein Oberkörper schaute heraus. Eine infinitesimale Krampfbesinnung in der letzten Gefahr des Ersticken hatte mich wohl so weit emporgeschoben, daß mein Gesicht frei war. Ich glaubte eine Zentimeter auf der Welt zu haben. Mit Mühe rief ich wieder hervor. Ich hatte eine dicke Sandstöße auf Brust und Weinen.

Ich suchte die Augen zu öffnen. Sie schmerzten fürchterlich, denn sie waren von ungläubigen Sandkörnern entzündet, die zwischen den Lidern und dem Augapfel lagen. Meine Nase war voller Sand — meine Hände blühen auf Sand — mein Gemauch war voller Sand, ich konnte die Sandkörner, als sei auch meine Sprache voll Sand, ich schmeckte mich jeder Bewegung.

Ich versuchte mit meinem Zeigefinger wenigstens die Augen ein wenig zu jähren — dann erst kam mir das klare Bewußtsein.

Ich sah um mich. Es war entstellend in der Luft. Der Sandsturm vergangen — im Osten aber rötete sich der dunstige Himmel. —

Es war Morgen! Den Abend und die ganze Nacht hatte ich ohnmächtig gelegen! „Rasseln!“

Jetzt erst dachte ich an sie, und ein fürchterlicher Schreck ergriß mich. Meine Kehle schmerzte bei dem Schrei, und er klang heiser und schmerzhaft, aber nicht entsetzt.

Ich stand nun auf meinen Füßen — der Schreck gab mir Kraft. „Rasseln!“

Ich suchte mich zu orientieren. Ich dachte nach — sie war wenige Schritte von mir entfernt gewesen — sie und das Gedröh.

„Rasseln!“ Ich fühlte, wie das Gedröh mir die Kehle geriet und ein blutiger, dickflüssiger, mit Sand vermischter Speichel war in meinem Mund.

Mein Anruf! Meine Angst wuchs. Ob ich mit rot fliegendem Sand am Himmel empor. Ich dachte mich um. Wo waren die Steine, an denen wir gefahren geriet? Wo waren die Stangen unserer Schutzabdeckungen, damit ich mich orientierte?

Sand! Weizer, weizer, rimmer! Dünensand deckte alles. Ein leicht anschwellender Hügel, wie ein riesiges Grab. „Rasseln!“

Wieder schrie ich — dann wandte ich vorwärts. Ich verlor meine Schmerzen und die Mächtigkeits meiner Glieder über dem fürchterlichen Rauschen. Da fiel mein Auge auf einen Sand, der ein kleines Stück aus dem Sand hervorstach.

Ich nahm ihn — ich überlegte — ich glaubte genau zu wissen, wo Rasseln gehandelt. Es waren ja nur wenige Schritte. Vielleicht lag sie noch ohnmächtig unter dem Sand. Ohnmächtig oder tot — anders war es nicht möglich.

Ich ging Schritt für Schritt vorwärts. Überall hier lag der Sand in den weichen Sand überall sah ich mit meinen brennenden Augen umher, immer wieder rief ich ihren Namen und lautete.

Wieder vergaß ich. Ich glaubte mich in der Richtung geizt zu haben und suchte nach der anderen Seite.

Der Schweiß floss von meinen Gliedern, meine Angst wuchs — da sah ich einen der Steine — dort war, das Lager gewesen — aber nichts — nichts — keine Spur, und wo ich den Sand eintrifft, war Sand. Nichts war leichter, gleitender Sand,

Er schloß sich nieder, um Augenblicke zu ruhen, dann jagte es mich wieder auf. Jede Sekunde war folter! Letzte sie wirklich noch —

Dann überlegte ich, mein — das war nicht möglich. Wenn ich von dem Sand ihren Körper bedecken konnte, das große Gedröh, das ich hätte hören müssen, unter dem Sand zu finden müssen — es war nicht so, und so hoch war die neuerschaffene Höhe nicht, daß sie den Körper des Kamels hätte bedecken können.

Wir kam eine andere Gemüthsart. Rasseln war nicht mehr da. Sie war fortgeritten. Nachschließen mochte sie schon früher ermahnt oder das Gedröh hätte gefehlt. Sie hatte mich nach mir gefühlt, während ich ohnmächtig im Sand lag, und mich nicht gefunden, und dann war sie fortgeritten, in der Überzeugung, daß ich tot war —

Jetzt erst dachte ich an mich, und ein Gefühl namenloser Verlassenheit kam über mich.

Ich war allein — allein in der weiten Wüste, in der ich nicht Weg und Ziel kannte. Was sollte ich tun? Hierbleiben und warten? Es war für mich anzuempfehlen, daß Rasseln den Scheich ausfinden würde, um mich zu suchen.

Ich setzte mich nieder. Unter meinen Nachforschungen war es Mittag geworden. Die Sonne brannte, die von dem Sande ungeschützte Junge ließe mir am Gemauch. Ich hatte brennenden Durst, aber unsere Flaschen, unser Vorrat, alles war irgendwo unter dem Sande begraben — geschlagen — weggesaugt — es war Rasseln, die mich nach mir suchten.

Ich sah ohne Schutz gegen die Sonne, denn das Licht des Schuttschutts war fort.

Ich verlor in dumpfes Weiten und blühte Hundstunde vor mich nieder. Gedröh wurde es Abend. Es fand mich Rasseln, die mich suchte, die Gemüthsart, die ich nicht mehr fand. Der Durst nahm zu — ich suchte einen Plan zu helfen. Hierzuliegen vor Todest. Jedenfalls hätte Rasseln den Sand nicht wieder gefunden — wenn sie mich ludte — aber vielleicht irrte auch sie auf dem Gedröh in der Wüste — vielleicht war sie fort.

Auch trotzdem war der Selbstvertrauensverlust mächtig. Ich überlegte. Im Westen war es meine Niederknien und im Westen mußte nach meiner Berechnung das Rabi Ma liegen.

Wohnte ich gehen, dann konnte ich am besten die Hände der Hände benutzen. Ich schloßte mich vorwärts. Es war ein tauglicher Plan, denn meine Glieder zitterten schon jetzt, und außerdem war mir immer wieder, wenn es in den Dünens riefelte, und raunte, als riefte hinter mir Rasseln um Hilfe.

(Fortsetzung folgt.)



